

Anonymität und Gegenöffentlichkeit Internet und Soziale Netzwerke

NACH EINEM BERÜHMTEM WORT des englischen Philosophen und Staatsmanns Sir Francis Bacon ist Wissen gleich Macht. Um diese Macht zu erhalten, versuchen die Regierungen einiger Länder wie China, bestimmte Seiten im Internet für die Mediennutzer ihres Landes zu sperren, um die Kontrolle über das öffentliche Wissen zu behalten. Aber diese repressiven Versuche gelingen, wie es scheint, immer schlechter. Neue Kommunikationsmedien haben die Erscheinungsformen des öffentlichen Raumes verändert und neue Formen der sozialen Interaktion ermöglicht. Dass diese Entwicklung auch im Westen einige Machthaber nervös macht, belegt das rigide Vorgehen gegen WikiLeaks.

Die Internetseite WikiLeaks, laut eigener Bezeichnung ein gemeinnütziger Informationsdienst, hat es sich auf die Fahnen geschrieben, anonym wichtige Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen, die von offiziellen Stellen geheim gehalten werden und dem Publikum nicht zugänglich sind. Dadurch sollen zweifelhafte Praktiken von Akteuren aus Politik oder Wirtschaft transparent gemacht werden. Schlagzeilen machte WikiLeaks unter anderem mit der Veröffentlichung militärischer Dokumente zum Krieg in Afghanistan sowie mit der Publikation diplomatischer Berichte US-amerikanischer Botschafter und der Planungsdokumente zur Loveparade 2010, bei der 21 Menschen starben und Hunderte verletzt wurden. WikiLeaks ist aber nur der bekannteste Vertreter einer ganzen Reihe von Gruppierungen die-

ser Art. OpenLeaks etwa, gegründet vom ehemaligen WikiLeaks-Mitarbeiter Daniel Domscheit-Berg, oder die Internetseite Cryptome verfolgen ähnliche Ziele. Flankiert werden diese Plattformen von Gruppierungen wie Anonymous, hinter der sich Aktivisten – unbekannt in Identität und Anzahl – verbergen, die gegen Zensur, Überwachung und Urheberrecht kämpfen. In spektakulären Aktionen sprengte Anonymous aber auch einen Kinderpornoring und veröffentlichte die Namen und Adressen von Personen und Firmen aus dem rechtsextremen Umfeld in Deutschland. In den

Anonymous ist eine soziale Bewegung, die sich seit 2008 für die Freiheit des Internets und gegen Zensur sowie Beschränkungen einsetzt.



USA ansässig ist die Electronic Frontier Foundation, die sich mit den Bürgerrechten im Cyberspace beschäftigt und als prominenter Vorkämpfer für informationelle Selbstbestimmung gilt.

Das Imperium schlägt zurück

Die Reaktionen auf WikiLeaks und vergleichbare Organisationen sind außerordentlich kontrovers. Befürworter sehen in ihnen wichtige Vertreter der Presse- und Meinungsfreiheit, die in der Tradition des investigativen Journalismus stehen und aus diesem Grund geschützt werden müssen. Eine solche Ansicht vertreten nicht wenige namhafte Vertreter der »klassischen« Presse, aber auch Organisationen wie Amnesty International, die WikiLeaks verschiedentlich ausgezeichneten. Die Kritiker werfen diesen Organisationen dagegen Verantwortungslosigkeit und mangelnde redaktionelle Kontrolle vor. So würde die Offenlegung von Namen in den veröffentlichten Dokumenten die Sicherheit von Informanten gefährden – ein Vorwurf, der in einzelnen Fällen nachweislich zutreffend war.

Die wirkliche Bedeutung dieser Enthüllungsorganisationen lässt sich am Widerstand ermessen, der sich gegen sie regt. Gegen WikiLeaks und seine Galionsfigur Julian Assange haben einige maßgebliche Institutionen und Kräfte inzwischen die komplette Klaviatur der Gegenmaßnahmen durchgespielt und sind dennoch dabei, sie noch um einige Oktaven zu erweitern. Es gab rechtliche Schritte, Sperrung der Domains und technische Angriffe auf die Server, geheime Pläne der CIA, juristische Verfahren gegen Assange inklusive Inhaftierung, sogar Morddrohungen. In jüngster Zeit kündigten verschiedene bekannte Webhosting-Unternehmen die Geschäftsbeziehung zu WikiLeaks, jeweils unter Verweis auf Klauseln in ihren Geschäftsbedingungen. Große Finanzinstitute verweigern die Weiterleitung von Spendengeldern. Pressevertreter vermuten hinter diesen konzertierten Aktionen den Druck durch Regierungsangehörige, aber auch Eigeninteressen der Wirtschaft. Es gibt offensichtlich ein ernsthaftes Bemühen, der Plattform WikiLeaks das Wort zu entziehen. John Naughton von der britischen

Zeitung »The Guardian« kommentiert: »Die offensichtliche Lektion besteht darin, dass dies die erste anhaltende Konfrontation zwischen der herrschenden Ordnung und der Kultur des Internets ist.«

Wie ernst nehmen wir Meinungsfreiheit wirklich?

Demokratie basiert auf der freien Meinungsäußerung, weil dieses Recht für den Prozess der demokratischen Willensbildung konstitutiv ist. Eine Grundvoraussetzung für die Bildung einer eigenen Meinung ist der Zugang zu allen relevanten Informationen. Hier zeigt sich eine alarmierende Diskrepanz zwischen den Sonntagsreden der Politiker und der politischen Praxis. Während westliche Staatsmänner beispielsweise die chinesische Regierung kritisieren, die bestimmte Webangebote und Schlüsselbegriffe für chinesische Internetuser unerreichbar macht, legen sie im Hinblick auf den Informationsbedarf der eigenen Bevölkerung offensichtlich andere Maßstäbe an.

So belegen die WikiLeaks-Veröffentlichungen zu Afghanistan, dass nach der – nun unbeabsichtigt an die Öffentlichkeit gelangten – Überzeugung der westlichen Regierungen der schon viele Jahre andauernde Militäreinsatz am Hindukusch zum Scheitern verurteilt ist. Den Wählern, die diese Regierungen legitimiert haben und die nach demokratischem Verständnis der Souverän der Politik sind, sollte diese Tatsache allerdings vorenthalten werden. Diesen Bruch des demokratischen Vertrags hat WikiLeaks aufgezeigt, indem es fast 92 000 geheime Dokumente des US-Militärs veröffentlichte. Da keiner der politisch Beteiligten willens zu sein scheint, die Fakten zu Afghanistan aus-



Wikileaks-Gründer Julian Assange steht Medienvertretern in London Rede und Antwort.

zusprechen, war diese Enthüllung die einzige Möglichkeit, einige unbequeme Fakten öffentlich zu machen und dadurch einen demokratischen Meinungsbildungsprozess überhaupt erst anzustoßen.

Digitaler Gruß an die Politik: Internetuser mit Eigeninitiative

Welche Auswirkungen ein solcher Prozess der Meinungsbildung haben kann, wurde im Arabischen Frühling sichtbar. Bei der Serie von Protesten und Aufständen, die im Dezember 2010 in Tunesien begannen und sich anschließend über den Maghreb bis zur Arabischen Halbinsel und Vorderasien ausbreiteten, spielten neue Medien wie Twitter, Facebook, YouTube und die allgegenwärtigen Smartphones eine wichtige

Rolle. Sie sorgten für den Informationsfluss in der Bevölkerung. Nur dadurch waren die koordinierten Proteste einer großen Zahl von Gleichgesinnten in einer ansonsten staatlich kontrollierten und reglementierten Öffentlichkeit überhaupt erst möglich. Die neuen Medien bewirkten damit, was die Väter des Grundgesetzes vor mehr als 60 Jahren in der deutschen Verfassung verankerten: die Freiheit, sich eine eigene Meinung zu bilden, sich mit anderen darüber auszutauschen und sie kundzutun.

Ein anderes Beispiel stammt ebenfalls aus dem Nahen und Mittleren Osten: Im März 2012 standen die Zeichen in Israel auf Sturm. Wegen des iranischen Atomprogramms wurde ein Präventivangriff auf den Iran diskutiert. In diesem Klima pos-



Das Internet als Betätigungsfeld: Der Blogger Yasmine Ayari musste Tunesien verlassen, nachdem er eine Aktion gegen Zensur mitorganisiert hatte.





Militanter Widerstand per Internet: Die in Brüssel lebende Malika El Aroud zählt zu den prominenten Islamistinnen, die online zum heiligen Krieg aufrufen.

tete ein israelischer Familienvater und Grafikdesigner auf seiner Facebookseite die Botschaft: »Iranians we love you. We will never bomb your country.« Innerhalb eines Tages hatten 40 000 Israelis die Idee aufgegriffen und sich angeschlossen. Es entstanden Songs und Websites zum Thema und andere Initiativen. Der als Hardliner bekannte israelische Premierminister Benjamin Netanjahu musste eine Gegenöffentlichkeit zur Kenntnis nehmen. Jugendliche im Iran

griffen das Signal auf und stellten ähnliche Botschaften ins Netz. Virtuelle Freundschaften wurden geschlossen, die ausdrückten: Wir wollen einfach nur mit unseren Familien in Frieden leben – eine moderne, virtuell kommunizierte Friedensinitiative.

Faszinierend an diesen Vorgängen ist ihre Ungeplantheit, ihre »virale« Verbreitung, die ein Charakteristikum der sozialen Medien ist. Niemand hätte sich derartige Entwicklungen aus-

denken oder sie gezielt in die Wege leiten können. An beiden Beispielen wird deutlich, wie die Vernetzung der Bürger zu einer zunehmenden Emanzipation von den Machteliten führt: Was früher die Bürgerinitiative war, ist heute das Internet.

Wissen ist Macht

Es scheint sich abzuzeichnen, dass die bestehenden politischen Institutionen immer häufiger in Bedrängnis geraten, wenn es darum geht, globale Aufgaben und Konflikte zu lösen. Das zeigt sich an Problemen wie dem Kampf gegen den Terror, dem Klimawandel, der intendierten Erhaltung der biologischen Vielfalt, der Finanzkrise etc. In

Politik und Wirtschaft ist Wissen insofern Macht, als sich die eigenen Positionen wesentlich dadurch bestimmen, welche Informationen der Öffentlichkeit bekannt oder unbekannt sind und in wessen Hand sich diese Informationen befinden. Es kommt nicht von ungefähr, dass Regierungen und Geheimdienste nach wie vor Berge von Akten sammeln, Studien durchführen, Spionagesatelliten ins All schicken und sonst welche Aktionen unternehmen, um Informationen zu sammeln und auszuwerten.

Durch das Internet und eine Vielzahl anderer neuer Medien ist dieses Wissen der Mächtigen stärker bedroht denn je, weil Informationen allgemein zugänglich

gemacht werden, seien es vertrauliche Interna wie im Falle von WikiLeaks oder verbotene Meinungsäußerungen wie im Arabischen Frühling. Wenn Wissen Macht ist, dann ist das Verschieben von Wissen ein Verschieben der Macht. Aus dieser Perspektive betrachtet wird verständlich, weshalb Wirtschaft und Politik so empfindlich auf die Veröffentlichung von Dokumenten reagieren. Allerdings wirft diese Reaktion die beunruhigende Frage auf, ob hier die Bürger kalkuliert unmündig gehalten werden sollen, denn das hieße nicht weniger, als dass das demokratische System bewusst ausgehöhlt wird. Insofern wirft das Internet mit seinen vielfältigen Möglichkeiten

Datenschutz war gestern

Das Internet weiß alles und vergisst nichts. Und niemanden. Als Mark Zuckerberg, der Gründer und Chief Executive Officer (CEO) von Facebook, Anfang 2010 zum Thema Datenschutz befragt wurde, meinte er lapidar: »Die Leute teilen nicht nur mehr und andere Informationen, sondern auch offener und mit mehr Menschen. Diese soziale Norm hat sich im Lauf der Zeit entwickelt.« Mit dem »Lauf der Zeit« spielte Zuckerberg auf die sechs Jahre seit der Gründung von Facebook an. Deshalb trat er dafür ein, den Datenschutz deutlich zu lockern in diesem weltweit größten sozialen Netzwerk, das Mitte 2012 auf eine Milliarde Nutzer zusteuerte.

Wer heute Daten in irgendeiner Form im Internet veröffentlicht, muss davon ausgehen, dass diese Daten dauerhaft online und für jeden einsehbar sind. Was hinter den Kulissen mit den persönlichen Angaben geschieht, ist nicht wirklich nachvollziehbar. Denn wer die Geschäftsbedingungen der Internet-Akteure genau liest, merkt schnell, wie gummiweich die Richtlinien sind. Dem Nutzer steht eine Wirtschaft gegenüber, die ihr Marketing immer genauer auf potenzielle Kunden zuschneiden will und deshalb großes Interesse an solchen Daten hat. Dabei geht es nicht mehr um einfache Auskünfte zu Anschrift und Geburtsdatum. Es ist heute problemlos möglich, nach Gesichtern in Bildern zu suchen. User hinterlassen auch Spuren durch Wunschlisten, Einkaufsverhalten und soziale Beziehungen in Netzwerken. Durch

Cookies kann sogar das Surfverhalten ausgewertet werden, auf welcher Seite welcher User wie lange bleibt. Das gleiche gilt für Begriffe, die man in Suchmaschinen eingibt und für Artikel, die man über einen Online-Händler ansieht – alle Daten werden erfasst. Wenn man sie aggregiert und – analog einer Rasterfahndung – miteinander verknüpft, lassen sich schnell Persönlichkeitsprofile erstellen, aus denen Werdegang, religiöse, sexuelle und politische Neigungen, Interessen, soziale Kontakte, die Kaufkraft, individuelle Verhaltensmuster und Vorlieben und vieles mehr ersichtlich sind. Dass diese Daten genutzt werden, belegt der Umstand, dass das Investigative Data Warehouse des FBI mehr als eine Milliarde Dokumente aus über 53 Datenquellen analysiert und Schnittstellen zu weiteren Datenbanken besitzt. Wer im Web agiert, sollte wissen, dass er sich in einem öffentlichen Raum bewegt und Spuren hinterlässt. Immer und überall.

des schnellen und direkten Informations- und Meinungs-austausches tatsächlich die Frage auf, ob unsere im letzten Jahrtausend entwickelte Form der Demokratie nicht einer Überarbeitung bedarf, um ihren Idealen auch im 21. Jahrhundert noch entsprechen zu können. Ist die »Intelligenz« der vielen Internetuser nicht größer als die der gewählten Volksvertreter oder selbsternannten Entscheidungsträger, die beschließen, bedeutende Informationen, die in einer Demokratie von höchstem öffentlichen Interesse sind, der Mehrheit vorzuenthalten?

Die neue Machtkultur: Offen, zufällig und unterstützend

Klassische Regierungs- und Geschäftsmodelle sind geschlossen, selektiv und kontrolliert. Thomas Power, Gründer des Business-Netzwerks Ecademy, vertritt die These, dass wir uns im Wandel hin zu einer Kultur befinden, die sich mit den Adjektiven offen, zufällig und unterstützend beschreiben lässt. Dieser Wandel wäre nicht weniger als ein Paradigmenwechsel, weil er

neue Strukturen, Mentalitäten und Fähigkeiten erfordert. Schon jetzt zeigt sich das neue Paradigma an vielen Beispielen, etwa beim »Crowdsourcing«, der Verteilung von Aufgaben auf viele Schultern.

Damit nicht genug: Durch die mittlerweile allgegenwärtigen Smartphones lassen sich Daten erheben, die einen echten Mehrwert für die Allgemeinheit generieren. So startet die Europäische Union alle fünf Jahre in ihren Mitgliedsstaaten eine Untersuchung der Lärmwerte. Mit der App »Noise Tube«, einem Gemeinschaftsprojekt von Sony und der Universität Brüssel, lassen sich diese Daten jederzeit und überall per Handy erfassen. Auf diese Daten können wiederum alle – etwa bei der Wohnungssuche – als Ressource zugreifen. Aus dem Kunstprojekt »Portland Smells« entstand eine Initiative, bei der Anwohner unangenehme Gerüche in ihrer Umgebung melden, die dann auf einer Karte im Internet dargestellt werden. In Zürich können Bürger per iPhone-App Missstände wie defekte Laternen oder Mängel an Straßen in der Stadt

fotografieren und mitsamt GPS-Daten der Stadtverwaltung zukommen lassen.

Solche Ideen schießen wie Pilze aus dem Boden. Es gibt sie für Mitfahrgelegenheiten, das Bestellen eines Taxis, für Car Sharing, Benzinpreise an Tankstellen und für Vergleiche von Lebensmittelpreisen in Supermärkten, einschließlich der Infos zur Corporate Social Responsibility des Herstellers. Ergänzt werden sie von inzwischen schon eher als klassisch zu bezeichnenden Modellen wie OpenSource, bei der viele Entwickler unentgeltlich Know-how zusammentragen, von dem jeder kostenfrei profitieren kann – ein Prinzip, durch das Wikipedia zur größten Enzyklopädie der Menschheitsgeschichte wurde.

Auch auf Ebene der Finanzen gibt es erste Initiativen, die das Monopol der Banken aushebeln. »Crowdfunding« nennt sich dieses Prinzip, bei dem sich Projekte über entsprechende Webportale finanzieren lassen. Geldgeber sind hier viele Einzelpersonen, die persönlich entscheiden, an welchem Finanzierungsanliegen sie sich wie hoch beteiligen. Darüber hinaus gibt es neue Ideen in Bezug auf Geld. Sie reichen von Systemen, bei denen die Beteiligten Zeit tauschen, bis hin zu alternativen virtuellen Währungen wie das nach der Pleite der Lehman Brothers vom Japaner Satoshi Nakamoto entwickelte Bitcoin, das global in einem dezentralen Netzwerk ohne finanzpolitischen Einfluss existiert. Im krisengeschüttelten Griechenland sorgt der zinslose Ovolos für einen Fluss an Waren und Dienstleistungen jenseits des Euro mit seinen massiv steigenden Zinsen – und das alles vorbei an Nationalstaaten, Konzernen und den EU-Richtlinien von Basel II.

Bundesparteitag der »Piraten« – die unkonventionelle Partei setzt auf Freiheit im Internet und mehr direkte Demokratie in Deutschland.



Auf Konfrontationskurs: Der Suchmaschinen gigant »Google« aus den USA streitet mit der chinesischen Regierung über Eingriffe ins Internet sowie Zensur.

Die »dritte Weltmacht«

Hinter dieser Entwicklung steht, was die »New York Times« 2003 staunend als »dritte Weltmacht« neben Politik und Wirtschaft bezeichnet hat: die global vernetzte Zivilgesellschaft. Diese Entwicklung ist keineswegs ein reines Internetphänomen, denn sie lässt sich bis in die 1980er-Jahre, die Zeit vor dem World-Wide-Web, zurückverfolgen, aber sie profitiert enorm von den Möglichkeiten der neuen Medien. Zivilgesellschaft bedeutet, dass sich Menschen aus unterschiedlichsten Motivationen um ein bestimmtes Thema herum zusammenfinden, vom Guerilla Gardening in Großstädten bis zum Kampf um Menschenrechte in Organisationen wie Amnesty International. Ausdruck findet das in den etwa zehn Millionen Nichtregierungs- und Non-Profit-Organisationen, die

es inzwischen weltweit gibt. Aber eben auch in spontan sich zusammenfindenden Gruppen von Menschen wie beim Widerstand gegen eine Bombardierung Irans: offen, zufällig und unterstützend. Das Internet, soziale Netzwerke, Smartphones und Apps sind dabei Brandbeschleuniger, die das Feuer dieser dritten Weltmacht anfachen.

Bemerkenswert daran ist, dass nationale Grenzen und traditionelle Kategorien wie »links« und »rechts« kaum noch eine Rolle spielen. Die Piratenpartei ist ein Beispiel dafür. Ohne Internet wäre weder ihre Gründung noch der steile Aufstieg denkbar gewesen. Auch nicht die sich noch immer in der Entwicklung befindlichen Konzepte einer stärkeren basisdemokratischen Anbindung. Dazu gehört bei den Piraten das Liquid Feedback und eine Mitwirkungs-

App, die eine Beteiligung der Parteibasis an Entscheidungen in Echtzeit ermöglichen sollen. Sie zielen darauf ab, den demokratischen Prozess flüssiger zu machen – durch Abbau von Hierarchien, Wissensunterschieden und anderen Einschränkungen.

Die Tragweite all dieser Entwicklungen – trotz aller Klippen und Gefahren – zeigt ein Bild vielleicht am deutlichsten: Im Wikipedia-Artikel zum »Internet« findet sich eine Grafik, die die Verbindung von Computern grafisch darstellt. Dieses Bild erinnert frappierend an ein neuronales Netz. Betrachtet man die erstmals in der Menschheitsgeschichte mögliche offene, zufällige und unterstützende Vernetzung Vieler mit Vielen, wird deutlich, dass es genau diese Funktion übernehmen könnte – wenn diese Vielen sich von einem vernunftgeleiteten Bewusstsein leiten ließen.

